



## Stillstand in der Wohnungs- und Mietpolitik überwinden

Stillstand in der Wohnungs- und Mietpolitik überwinden  
Ankündigungen und Versprechen in Regierungskoalition umsetzen  
(dmb)  
"Mieten begrenzen, Wohngeld erhöhen, Wohnungsbau ankurbeln, altengerechte und barrierearme Wohnungen schaffen, Energiewende und Gebäudesanierung sozial gerecht ausgestalten - das sind aktuelle Probleme und drängende Aufgaben, um die sich die Politik jetzt kümmern muss", erklärte der Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), Dr. Franz-Georg Rips, heute in Berlin. "Eine neue Bundesregierung muss den Stillstand in der Wohnungs- und Mietpolitik der letzten Jahre überwinden. Die im Bundestag vertretenen Parteien müssen alles tun, ihre Ankündigungen und Versprechen aus den Wahlprogrammen jetzt in gemeinsame Politik umzusetzen."  
Mietpreisbremse: In Groß- und Universitätsstädten liegen die Mieten beim Abschluss eines Mietvertrages um 30 bis 40 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete.  
DMB-Präsident Dr. Franz-Georg Rips: "Die Begrenzung dieser Wiedervermietungsflächen auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete ist überfällig. Wir sind froh, dass sich alle künftig im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien für die Mietpreisbegrenzung eingesetzt haben, so dass einer Realisierung nichts mehr im Wege steht."  
Wohngeld erhöhen und reformieren: Trotz steigender Wohnkosten und hoher Energiepreise sinkt die Zahl der Wohngeldempfänger. Auch die Wohngeldzahlungen selbst gehen zurück, nicht zuletzt, weil die alte Bundesregierung die Heizkostenkomponente gestrichen hat und so Heizkosten bei der Berechnung des staatlichen Zuschusses zum Wohnen nicht mehr berücksichtigt werden.  
Rips: "Das Wohngeld muss dringend erhöht werden, mindestens um 10 Prozent. Daneben sind die Einkommensgrenzen und die Höchstbeträge zu aktualisieren. Die Heizkostenkomponente, besser noch eine Energiekostenkomponente, ist wieder einzuführen. Bei der Berechnung des Wohngeldes muss berücksichtigt werden, dass Mieter nicht nur eine Kaltmiete zu zahlen haben. Zu den Wohnkosten gehören auch die Kosten für Heizung und Strom. Vor der Wahl haben die Parteien eine Wohngelderhöhung angekündigt, jetzt ist es Zeit, dieses Versprechen einzulösen."  
Wohnungsbau ankurbeln: In Großstädten, Ballungszentren und Universitätsstädte fehlen hunderttausende von Mietwohnungen. Insbesondere Sozialwohnungen sind Mangelware und werden dringend benötigt.  
Rips: "In den nächsten Jahren müssen doppelt so viele Mietwohnungen gebaut werden wie bisher, ca. 140.000, davon etwa 60.000 Sozialmietwohnungen, die bezahlbare Mieten dauerhaft garantieren. Gut, dass die Parteien im Bundestag das Problem erkennen und der Bund, wie bisher, 518 Millionen Euro an die Länder für den Bau von Sozialwohnungen zahlt. Aber beim Wohnungsbau muss die Politik in den nächsten Wochen viel konkreter werden. Es reicht nicht aus, von verbesserten Rahmenbedingungen, Anreizen, verbesserten steuerlichen Abschreibungen oder Unterstützungen zu reden."  
Altengerechte und barrierearme Wohnungen schaffen: In Deutschland gibt es zurzeit etwa 550.000 altengerechte Wohnungen. Aber Deutschland wird immer älter. Bis zum Jahr 2020 werden zusätzlich etwa 2,5 Millionen barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen benötigt.  
Rips: "Bisher wollen die Parteien das KfW-Programm Altersgerecht umbauen mit etwa 100 Millionen Euro fortsetzen bzw. aus Haushaltsmitteln finanzieren. Das wird nicht reichen. Die Anstrengung der Politik und die finanzielle Förderung müssen hier deutlich erweitert werden."  
Energiewende und Gebäudesanierung sozial gerecht ausgestalten: Für den Erfolg der Energiewende und der energetischen Gebäudesanierung kommt es entscheidend auf die Akzeptanz bei Verbrauchern und Mietern an. Deshalb ist eine sozial gerechte Verteilung der Kosten und Belastungen dringend erforderlich.  
Rips: "Die aktuellen mietrechtlichen Regelungen, wonach der Vermieter 11 Prozent der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufschlagen darf, führt zu drastischen Mietpreissteigerungen und benachteiligt die Mieter. Aus meiner Sicht müssen die Kosten der energetischen Sanierung gerecht zwischen Mieter, Vermieter und Staat aufgeteilt werden. Dazu gehört auch, dass die Fördermittel für die CO2-Gebäudesanierung spürbar aufgestockt werden. Hier müssen alle Parteien noch nacharbeiten. Weder durch eine Aufstockung der Fördermittel von 1,8 auf 2 Milliarden Euro, noch durch angekündigte steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung oder eine Reduzierung der Modernisierungsmieterhöhung von 11 auf 9 Prozent der Modernisierungskosten ist eine Verdoppelung der Sanierungsquote oder gar Verdreifachung zu sozial gerechten Bedingungen zu erreichen."  
Deutscher Mieterbund e.V.  
Littenstraße 10  
10179 Berlin  
Telefon: 030 / 2 23 23 - 0  
Telefax: 030 / 2 23 23 - 100  
Mail: [info@mieterbund.de](mailto:info@mieterbund.de)  
URL: <http://www.mieterbund.de/>  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_545718](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_545718)

## Pressekontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

[mieterbund.de/](http://mieterbund.de/)  
[info@mieterbund.de](mailto:info@mieterbund.de)

## Firmenkontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

[mieterbund.de/](http://mieterbund.de/)  
[info@mieterbund.de](mailto:info@mieterbund.de)

Aufgaben und Ziele  
Der Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Dazu gehören zum Beispiel die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten. Beraten und geholfen werden darf aber nur Mitgliedern der Mietervereine, so schreibt es das Gesetz vor. Viele Mietervereine bieten darüber hinaus auch Prozesskostenschutz durch eine Rechtsschutz-Versicherung. Zweiter Aufgabenschwerpunkt der Mietervereine ist die Mitwirkung an der kommunalen Wohnungspolitik und bei städtebaulichen Maßnahmen. Mietervereine verstehen sich hier als Sprachrohr aller Mieter. Sie nehmen als Sachverständige kritisch Stellung, geben Anregungen und weisen auf Probleme hin. Als Kenner des örtlichen Wohnungsmarktes erfüllen sie die ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgabe, an der Aufstellung so genannter Mietspiegel mitzuwirken, die große Bedeutung im Mieterhöhungsverfahren für frei finanzierte Wohnungen haben und die Transparenz über die aktuellen Mietpreise schaffen. Der Mitgliedsbeitrag bei den örtlichen Mietervereinen beträgt zur Zeit zwischen 40 und 90 Euro jährlich. Die Höhe hängt vom Leistungsangebot und dem Grad der Professionalisierung des Mietervereins ab. Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesverbände und des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Deutsche Mieterbund ist fachlich anerkannter Gesprächspartner für Gesetzgeber und Verwaltung, der zu allen wesentlichen Gesetzgebungsmaßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen gehört wird. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht die Erhaltung und der

Ausbau des sozialen Mietrechts (Mieterschutz). Kernstücke dieses sozialen Mietrechts sind der Schutz des Mieters vor willkürlicher Kündigung und der Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Der Deutsche Mieterbund tritt ein für bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein ausreichendes Wohnungsangebot, insbesondere auch für die Beibehaltung und stetige Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Daneben sind Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, Maklerrecht, Nebenkosten, Heizkostenverordnung und Umweltfragen Bereiche, zu denen der Deutsche Mieterbund Vorschläge erarbeitet und kritisch Stellung nimmt. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über miet- und wohnungsrechtliche Fragen. Bei mehr als 20 Millionen Wohnraum-Mietverhältnissen ist das Mietrecht von größter praktischer Bedeutung. Andererseits haben gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zu Einzelfragen einen Umfang angenommen, der für den Laien, Mieter oder Vermieter, nur schwer zu überschauen ist. Der Deutsche Mieterbund deckt das Informationsbedürfnis ab durch regelmäßige Veröffentlichungen über die Massenmedien, eine Vielzahl von ständig aktualisierten Aufklärungsbroschüren sowie die zweimonatlich erscheinende Mieterzeitung und die mietrechtliche Fachzeitschrift "Wohnungswirtschaft und Mietrecht".